

Landratsamt (30.12), Herrenfelder Str. 14, 72250 Freudenstadt

Untere Immissionsschutzbehörde  
Kathrin Pfau  
im Hause

Silke Finkbeiner  
Zimmer 227b  
Herrenfelder Str. 14  
72250 Freudenstadt  
s.finkbeiner@kreis-fds.de  
07441 920-5035  
www.kreis-fds.de

per E-Mail an: k.pfau@kreis-fds.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
30.14/106.11/I2026001 vom 30.01.2026

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom  
30.12/364.570/V2025521

**Errichtung und Betrieb von vier Windenergieanlagen des Typs Nordex N175/6.x, Nennleistung 7 MW, Nabenhöhe 179 m, Rotor Durchmesser 1175 m, Gesamthöhe 266,5 m in Seewald-Besenfeld, Gewann "Erlenwäldle", „Untere Erlen“, „Eichen“, „Kirchbühlwald“, und „Birken“, Flst. Nrn. 267/2, 267/1, 268/1, 268/2, 333, 334, 336, 337/1, 429/1, 429/2, 429/3, 451, 452, und Freudenstadt-Igelsberg, Gewann „Hilpertsberg“, Flst. Nr. 328/1**

24. Februar 2026

**Bauherr: ATE Windpark Seewald II GmbH & Co. KG, Klein-  
oberfeld 5, 76135 Karlsruhe**

Sehr geehrte Frau Pfau,

zu dem oben näher bezeichneten Vorhaben nimmt das Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde wie folgt Stellung:

#### **I. Allgemeine Ausführungen zum Vorhaben**

Die vier beantragten Windenergieanlagen befinden sich östlich vom Windpark Seewald I welcher aus 8 Windenergieanlagen besteht. Die Windenergieanlagen befinden sich im Geltungsbereich des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“.

Alle 4 Windenergieanlagen W1, W2, W4 und W5 befinden sich – nach derzeitigem Stand des Entwurfsplanes Teilregionalplan Windkraft – nicht in den Vorrangflächen des Teilregionalplans.



Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Landratsamt Freudenstadt nach Artikel 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung finden Sie auf der Internetseite des Landratsamtes Freudenstadt unter der oben genannten Stelle.

Kontoinhaber: Landkreis Freudenstadt  
Kreissparkasse Freudenstadt  
IBAN: DE58 6425 1060 0000 0000 86  
BIC: SOLADES1FDS  
Postbank  
IBAN: DE06 6001 0070 0004 5857 05  
BIC: PBNKDEFF

Die Anlagenstandorte der geplanten Windenergieanlagen W4 (Gemarkung Seewald, Flst. Nrn. 429/1, 429/2, 429/3, 451, 452) und W5 (Gemarkung Igelsberg Flst. Nr. 328/1) liegen zudem in einer Auerhuhn-Restriktionsfläche (Fläche mit erhöhtem Raumwiderstand) entsprechend dem aktuellen Papier „Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Auerhuhnvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen“ des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg vom August 2023. In der „speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung“ wurden aufgrund der aktuell nicht gegebenen Besiedlung keine einschlägigen Verstöße gegen §44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) festgestellt.

Entgegen den ersten Planungen, in denen die Erstellung von 5 Windenergieanlagen angedacht war, ist nun die Errichtung und der Betrieb von 4 Windenergieanlagen geplant.

Grundlage der naturschutzrechtlichen Stellungnahme sind die vom Antragsteller vorgelegten Antragsunterlagen, Stand 29.01.2026.

Die Genehmigungsbehörde wird gebeten, folgende Inhalts- und Nebenbestimmungen in die immissionsschutzrechtliche Genehmigung aufzunehmen.

## II. Inhaltsbestimmungen

1. Vor Beginn der Rodungsarbeiten ist dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde ein Nachweis der Flächenverfügbarkeit, z. B. in Form eines Gestattungsvertrages, zwischen der Antragstellerin und dem Grundstückseigentümer vorzulegen, aus welchem hervorgeht, dass die im Landschaftspflegerischen Begleitplan des Büros IUS Team Ness GmbH, Heidelberg vom Januar 2026 genannten CEF- (M1 – M3) und Kompensationsmaßnahmen (M1 – M6), sowie die Rekultivierungsmaßnahmen R1 – R3) und auch das für die einzelnen Maßnahmen jeweils beschriebene Pflegekonzept fachgerecht und fristgemäß auf den hierfür vorgesehenen Flächen umgesetzt werden können.
2. Für den Ausgleich bzgl. der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird eine **Ausgleichsabgabe in Höhe von [REDACTED]** (2,5 % der Rohbaukosten, inkl. Umsatzsteuer) **festgesetzt**. Vor Baufreigabe ist der Nachweis über die Zahlung der Ausgleichsabgabe an die Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Postfach 10 34 44, 70029 Stuttgart (Bankverbindung: Baden-Württembergische Bank, IBAN DE15 6005 0101 0002 8288 88, BIC SOLADEST) dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, vorzulegen.

3. Zur Vermeidung betriebsbedingter Verletzungen oder Tötungen von Fledermäusen wird entsprechend der Empfehlung des Fachgutachtens Fledermäuse des Freiburger Instituts für angewandte Tierökologie GmbH, Freiburg vom 26.11.2026 folgendes festgelegt:

#### **Pauschale Abschaltzeiten:**

Für das erste Betriebsjahr werden **pauschale Abschaltzeiten** anhand einfacher Umweltparameter festgelegt. Die Windenergieanlagen werden im Rahmen eines Monitorings während der Aktivitätsperiode der Fledermäuse vom 1. April bis zum 30. November von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis zum Sonnenaufgang, bei Windgeschwindigkeiten bis 6 m/s und einer Temperatur ab 10 °C in Gondelhöhe abgeschaltet.

Im zweiten Betriebsjahr wird das Monitoring fortgesetzt. Die pauschalen Abschaltzeiten während des Monitorings können basierend auf den Ergebnissen des Monitorings aus dem ersten Betriebsjahr angepasst werden.

Ab dem dritten Betriebsjahr können anlagenspezifische Betriebsalgorithmen, die z. B. gemäß den Vorgaben aus dem Bundesforschungsvorhaben (Brinkmann et al. 2011b) entwickelt wurden, zur Anwendung kommen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich aus den Daten der ersten beiden Betriebsjahre eine belastbare Aussage zu deren Kontinuität ableiten lässt, welche eine Fortführung der Datenaufnahme hinfällig macht. Ist dies gegeben, kann auf die regelmäßige Validierung der Abschaltalgorithmen im 3-jährigen Turnus entsprechend der Empfehlung der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg verzichtet werden. Die fachgutachterliche Einschätzung, dass die Daten geeignet sind, ist dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, vor Anwendungen der anlagenspezifischen Betriebsalgorithmen vorzulegen. Die anlagenspezifischen Betriebsalgorithmen müssen so eingestellt werden, dass die Zahl der Schlagopfer pro Jahr bei unter 2 liegt.

#### **Gondelmonitoring**

Mit der Durchführung des **Gondelmonitorings** (V5) ist ein geeignetes Fachbüro zu beauftragen. Eine Mehrfertigung der Auftragsbestätigung mit Angabe der Kontaktdaten der Person, welche das Monitoring durchführt, ist dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, vor Inbetriebnahme vorzulegen.

Beim Gondelmonitoring sollen zwei von vier Gondeln beprobt werden. Um hier aussagekräftige Daten zu erhalten ist eine Gondel der nördlichen Windenergieanlagen (N1 oder N2) sowie eine Gondel der südlichen Windenergieanlagen (N3 oder N4) zu verwenden. Das Gondelmonitoring soll vom 1. März bis 30. November drei Stunden vor Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang durchgeführt werden.

4. Die Einhaltung der unter Abschnitt II, Nr. 2 festgelegten anlagenspezifischen Abschaltalgorithmen ist dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, un-  
aufgefordert jährlich (bis zum 01.02. des Folgejahres) durch einen Prüfbericht nachzu-  
weisen. Der Nachweis muss die an der einzelnen Anlage registrierten und über 10-  
Minuten-Intervalle gemittelten Messwerte (SCADA – Standard-Format) zu Wind, Tem-  
peratur und Rotordrehzahl enthalten. Der Anlagenbetreiber hat den auf Grundlage der  
Messwerte mit dem Online-Tool „ProBat Inspector“ erstellten Prüfbericht mit zusam-  
menfassenden Grafiken inkl. Bearbeitungsdatei der Rohdaten vorzulegen. Auf Verlan-  
gen sind die Rohdaten in Form des SCADA-Standard-Formats (Wind, Temperatur, Ro-  
tordrehzahl) dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, vorzulegen.

### III. Nebenbestimmungen

1. Zur Minimierung und zum Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft und zur Ver-  
meidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen, sind die im Landschafts-  
pflegerischen Begleitplan (LBP) des Büros IUS Team Ness GmbH, Heidelberg vom Ja-  
nuar 2026 genannten **Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (V1 – V12)**, die **Kompensationsmaßnahmen (M1 – M6)** und die **CEF-Maßnahmen (M1 – M3)** so-  
wie die **Rekultivierungsmaßnahmen (R1 – R3)** durchzuführen.
2. Die **CEF-Maßnahmen (M1 – M3)** müssen bereits vor Beginn der Rodungsarbeiten umge-  
setzt sein. Die Umsetzung ist durch ein Fachbüro ökologisch zu begleiten und gegen-  
über dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde nach Abschluss zu  
bestätigen. Hierzu ist ein Abschlussbericht mit Bilddokumentation vorzulegen. Vor Be-  
ginn der Maßnahmen (M1 – M3) ist dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutz-  
behörde, eine Auftragsbestätigung des Fachbüros mit den Kontaktdaten der Person,  
welche die Umweltbaubegleitung durchführt, vorzulegen.
3. Für die Errichtung der Windenergieanlagen ist eine **Umweltbaubegleitung** zu beauftra-  
gen. Aufgabe der Umweltbaubegleitung ist es, über die gesamte Bauzeit die Einhaltung  
der festgelegten **Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen** zu kontrollieren und da-  
für Sorge zu tragen, dass keine zusätzlichen Eingriffe in den Naturhaushalt und die  
Landschaft entstehen. Dazu sind während der Bauzeit je nach Baufortschritt Begehun-  
gen auf der Baustelle durchzuführen. Über die Begehungen ist jeweils ein Protokoll an-  
zufertigen, welches dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, vor-  
zulegen ist.

Mit der Waldrodung darf erst begonnen werden, wenn dem Landratsamt Freudenstadt,  
untere Naturschutzbehörde, eine Mehrfertigung der Auftragsbestätigung für die Um-  
weltbaubegleitung vorliegt. Zusammen mit der Auftragsbestätigung sind die Kontakt-  
daten der Person, welche die Umweltbaubegleitung vor Ort durchführt, zu übermitteln.

4. Die Entwicklung der Ausgleichsmaßnahmen M4 – M6 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, LBP, Ziffer 8.4 – 8.6) und die Rekultivierungsmaßnahmen R1 – R3 (Landschaftspflegerischer Begleitplan; LBP, Ziffer 8.7) sowie das dazugehörige Monitoring ist in Abstimmung mit dem Landratsamt, untere Forstbehörde, durchzuführen.
5. Gemäß M 1 werden für die Anlage der Waldrefugien bzw. die Entwicklung von Habitatbaumgruppen (M1) Flächen/Bäume gekennzeichnet und aus der Nutzung genommen. Der Nutzungsverzicht und die Kennzeichnung der 78 Habitatbäume in genommenen Suchraum hat ebenfalls vor der Waldrodung zu erfolgen. Die Ausgleichsmaßnahmen M1 M4 und M5 sind durch die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zwischen dem Grundstückseigentümer und der Antragstellerin als Eingriffsverursacherin im Grundbuch zu sichern. Die beschränkt persönliche Dienstbarkeit darf nur gelöscht werden, wenn der Sicherungszweck entfallen ist. Der Grundbuchauszug muss dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, vor Baufreigabe der Windenergieanlagen vorliegen. Bei Flächen, die der Forstverwaltung zugeordnet sind, kann auf die dingliche Sicherung verzichtet werden.
6. Die im Landschaftspflegerischen Begleitplan unter Ziffer 8.7 1 und 8.7.2 bezeichneten **Rekultivierungsmaßnahmen R1 und R2** sind umgehend nach Inbetriebnahme der Windenergieanlagen, spätestens nach Abschluss der Bauzeit, d. h. im 4. spätestens 5. Jahr nach Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung durchzuführen. Die im Landschaftspflegerischen Begleitplan unter Ziffer 8.7.3 bezeichnete **Rekultivierungsmaßnahme R3** ist umgehend im Frühjahr nach Bauende durchzuführen.
7. Für die Befestigung der Freiflächen um die Windenergieanlagen darf nur naturbelassenes Gesteinsmaterial verwendet werden.
8. Gemäß der Kompensationsverzeichnis-Verordnung (KompVzVO) vom 17.07.2025 (GBl. Nr. 66) führt das Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, für das Gebiet ihres Landkreises ein Kompensationsverzeichnis. Die im Rahmen des Vorhabens vorgesehenen dauerhaften Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen gemäß § 15 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und die Kompensationsmaßnahmen nach § 15 Abs. 2 BNatSchG sind in die Abteilung II „Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung“ und in die Abteilung VII „Artenschutz“ in das Kompensationsverzeichnis aufzunehmen.

Die Antragstellerin hat gemäß § 1 Abs. 3 KompVzVO die erforderlichen Angaben unter Verwendung der elektronischen Vordrucke nach § 12 Abs. 1 KompVzVO **bis spätestens sechs Wochen nach Bestandskraft der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung** an das Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, zu übermitteln. Hierzu

ist eine Registrierung in der „Fachanwendung Kompensationsverzeichnis Baden-Württemberg (Fachanwendung KompVz BW)“ erforderlich. Die Fachanwendung ist unter <https://kompvz.landbw.de/> zu erreichen. Nähere Informationen zur Registrierung und Nutzung können dem Handbuch zur Fachanwendung entnommen werden.

9. Nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung sind die Windenergieanlagen sowie die zugehörigen sonstigen baulichen Anlagen und technischen Einrichtungen vollständig zurückzubauen. Bodenversiegelungen sind vollständig zu beseitigen.

#### **IV. Empfehlungen**

Keine

#### **V. Hinweise**

Die Kabeltrasse ist von der Konzentrationswirkung gemäß § 13 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) nicht umfasst. Für die Kabeltrasse ist eine gesonderte Genehmigung nach § 17 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) beim Landratsamt Freudenstadt, unteren Naturschutzbehörde, zu beantragen.

#### **VI. Mitteilung an die Genehmigungsbehörde**

##### **Begründung zu der Inhaltsbestimmung - Verfügbarkeit der Ausgleichsflächen (Ziffer II, Nr. 1):**

Gemäß § 17 Abs. 1 i. V. m. § 15 Abs. 2 BNatSchG ist der Eingriffs-Verursacher verpflichtet, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen).

Nach § 15 Abs. 5 BNatSchG darf ein Eingriff nicht zugelassen oder durchgeführt werden, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen sind und die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung aller Anforderungen an Natur und Landschaft anderen Belangen im Range vorgehen. Zur Kompensation der unvermeidbaren Beeinträchtigungen sieht das Konzept des Landschaftspflegerischen Begleitplanes (LBP) Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) vor.

Um den Ausgleich sicherzustellen, muss vor Baufreigabe dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, der Nachweis, z. B. in Form eines Gestattungsvertrages, zwischen der Antragstellerin und den Grundstückseigentümern noch vorgelegt werden.

**Begründung zu der Inhaltsbestimmung - Ersatzzahlung Landschaftsbild (Ziffer II, Nr. 2):**

Gemäß § 15 Abs. 5 BNatSchG darf ein Eingriff nicht zugelassen oder durchgeführt werden, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen sind und die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung aller Anforderungen an Natur und Landschaft anderen Belangen im Range vorgehen.

Wird ein Eingriff nach § 15 Abs. 5 BNatSchG zugelassen oder durchgeführt, obwohl die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen sind, hat der Verursacher Ersatz in Geld zu leisten (§ 15 Abs. 6 S. 1 BNatSchG). Nach § 15 Abs. 6 S. 4 BNatSchG ist die Ersatzzahlung von der zuständigen Behörde im Zulassungsbescheid (immissionsschutzrechtliche Genehmigung), festzusetzen. Die Zahlung ist vor der Durchführung des Eingriffs an den Naturschutzfonds (Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg, vgl. § 62 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (NatSchG)) zu leisten (§ 15 Abs. 6 S. 5 BNatSchG i. V. m. § 15 Abs. 4 NatSchG).

Die Windenergieanlagen treten auf Grund ihrer Ausmaße deutlich sichtbar in Erscheinung. Die hierdurch entstehende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kann weder vermieden noch ausgeglichen oder ersetzt werden. Gründe, den Eingriff nach § 15 Abs. 5 BNatSchG nicht zuzulassen, liegen nicht vor.

Die Errichtung und der Betrieb der Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Seewald und Freudenstadt-Igelsberg dienen der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, weshalb die Realisation des Vorhabens gemäß § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.

Der Verursacher des Eingriffs hat daher gemäß § 15 Abs. 6 BNatSchG für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes Ersatz in Geld zu leisten. Maßstab für die Berechnung der Ersatzzahlung ist die Ausgleichsabgabeverordnung (AAVO) des Landes Baden-Württemberg.

Die Höhe der Ersatzzahlung (Ausgleichsabgabe) bemisst sich gemäß § 2 AAVO nach den Baukosten (Rohbaukosten, ohne die maschinenbaulichen und elektrotechnischen Teile). Demnach werden die Kosten für Fundament, Turm, Maschinenhausverkleidung, Nabe und Rotorblätter für die Berechnung zu Grunde gelegt. Gemäß den Angaben im Dokument A-1.7, Herstellungs- und Rohbaukosten der Antragsunterlagen belaufen sich die Rohbaukosten nach DIN 276 (Teil 4) auf insgesamt [REDACTED] pro Windenergieanlage (gerundet auf volle 1.000,00 Euro).

Für die Bemessung der Ausgleichsabgabe ist ein Rahmensatz von 1,0 bis 5,0 % der Baukosten vorgesehen (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 AAVO).



Die konkrete Festsetzung der Ausgleichsabgabe innerhalb des vorgenannten Rahmensatzes richtet sich nach Dauer und Schwere des nicht ausgleichbaren Eingriffs, Wert oder Vorteil für den Verursacher sowie nach der wirtschaftlichen Zumutbarkeit (§ 3 Abs. 1 AAVO).

Vorliegend werden 2,5 % der Rohbaukosten als Ausgleichsabgabe erhoben. Der im Landschaftspflegerischen Begleitplan des Büros IUS Team Ness GmbH vom Januar 2026 vorgeschlagenen Höhe von 1 – 2 % der Baukosten wird insofern nicht zugestimmt

Die Beurteilung der Dauer und Schwere des Eingriffs richtet sich u.a. nach dem Zeitraum der Beeinträchtigung, den Auswirkungen des Vorhabens bezogen auf die Höhe und der sonstigen Belastung des Naturhaushalts oder der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes (§ 3 Abs. 2 Ziff. 1, 5 und 6 AAVO).

Auch neben den bereits berücksichtigten bestehenden Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch den unmittelbar angrenzenden Windpark Trischelwald mit 4 Windenergieanlagen und „Hilpertsberg“ mit 2 Windenergieanlagen treten die antragsgegenständlichen 4 Windenergieanlagen inmitten des umliegenden Waldgebietes deutlich sichtbar in Erscheinung. Hierbei ist insbesondere auch die Gesamthöhe der einzelnen Anlagen mit jeweils 266,5 m zu berücksichtigen. Nachdem die Windenergieanlagen auf unbefristete Zeit genehmigt werden, ist von einem hohen wirtschaftlichen Vorteil für den Anlagenbetreiber auszugehen. Die Festsetzung von 2,5 % der Rohbaukosten als Ausgleichsabgabe wird daher als zumutbar und im Hinblick auf die deutlich wahrnehmbare Beeinträchtigung des Landschaftsbildes als angemessen betrachtet. Angesichts der Gesamtinvestitionskosten zur Realisation des Vorhabens in Höhe von [REDACTED] Euro wird die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von [REDACTED] Euro als wirtschaftlich zumutbar eingestuft.

Um die Zahlung der Ausgleichsabgabe an die Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg vor der Durchführung des Eingriffs sicherzustellen, ist die Aufnahme der Inhaltsbestimmung Ziffer II Nr. 2 erforderlich.

#### **Begründung zu der Inhaltsbestimmung - Abschaltzeiten Fledermäuse (Ziffer II, Nr. 3):**

Das Fledermausgutachten wurde nach dem LUBW-Hinweispapier „Hinweise zur Untersuchung von Fledermausarten bei Bauleitplanung und Genehmigung für Windenergieanlagen 2014“ (Erfassungshinweise Fledermäuse) erstellt.

Ein Hinweispapier der LUBW zur Bewertung der Ergebnisse der Fledermauserfassungen existiert bislang nicht. Zur Beurteilung der Fledermausgutachten zieht die untere Naturschutzbehörde daher das oben genannte LUBW-Hinweispapier sowie neue wissenschaftliche Erkenntnisstandards heran, die sich als anerkannter wissenschaftlicher Standard etabliert haben. Als anerkannter wissenschaftlicher Standard werden dabei u.a. die Leitfäden und Erlasse der Länder zum Artenschutz und Windenergie sowie die Literaturquelle „Fledermäuse und Windkraft im Wald“ des Bundesamtes für Naturschutz (Hurst et al. 2016) betrachtet.



Zur Vermeidung betriebsbedingter Verletzungen oder Tötungen sind daher zwingend Vermeidungsmaßnahmen festzulegen, damit die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgelöst werden.

So sind pauschale Abschaltzeiten entsprechend den Vorgaben der LUBW-Hinweise 2014 einzurichten. Um spezifische Betriebsalgorithmen festzulegen, ist ein Fledermaus-Gondelmonitoring über einen Zeitraum von zwei vollständigen und zusammenhängenden Fledermaus-Aktivitätsperioden durchzuführen. Die Probat-Prüfberichte sind dem Landratsamt Freudenstadt, untere Naturschutzbehörde, jährlich vorzulegen.

### **Begründung Naturparkerlaubnis**

Das Vorhaben befindet sich nicht in einer ausgewiesenen Vorrangfläche im Teilregionalplan Windenergie (*Erschließungszone nach § 2 Abs. 6 Nr. 6 der Naturpark-Verordnung*), so dass eine Naturparkerlaubnis nach § 4 Abs. 2 Ziffer 1 der Naturpark-Verordnung vom 16.12.2003, in der jeweils gültigen Fassung, notwendig ist.

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Vorhaben weder den naturschutzrechtlichen Vorschriften noch dem Zweck des Naturparks zuwiderläuft oder wenn nachteilige Wirkungen durch Auflagen und Bedingungen abgewendet werden können. Mit Ausnahme der Beeinträchtigung der Eigenart und Schönheit der Landschaft steht das Vorhaben dem Zweck des Naturparks nicht entgegen. Wie bereits oben ausgeführt, können Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes nicht vermieden werden, so dass ein Ausgleich in Form einer Ersatzzahlung zu fordern war. Zur Einhaltung der naturschutzrechtlichen Vorschriften wurden entsprechende Inhalts- und Nebenbestimmungen gefordert.

Im Übrigen war auch bei der Abwägung der Belange des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“ zu berücksichtigen, dass die Errichtung und der Betrieb der 4 Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Seewald, Gemarkung Besenfeld und der Stadt Freudenstadt, Gemarkung Igelsberg der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien dienen, weshalb die Realisation des Vorhabens gemäß § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Ein Ausbau der erneuerbaren Energien ist im Landkreis Freudenstadt nur möglich, wenn das Gebiet des Naturparks (vgl. § 2 Abs. 2 der Naturpark-Verordnung) nicht ausgenommen wird, da dieser das gesamte Kreisgebiet, mit Ausnahme der Gemeinden Eutingen im Gäu und Empfingen, umfasst.

Die Erlaubnis wird durch die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ersetzt (§ 4 Abs. 4 Naturpark-VO). Die Zustimmung zur Erteilung der Erlaubnis wird hiermit erteilt. Für die Erlaubnis bitten wir gemäß Ziffer 55.40.02-04 des Gebührenverzeichnisses des Landratsamtes Freudenstadt eine Gebühr in Höhe von 42,00 € zu erheben.

**Sonstige Hinweise an die Genehmigungsbehörde:**

Nach Abschluss des Genehmigungsverfahrens wird um Übersendung einer Mehrfertigung der Genehmigung mit Antragsunterlagen gebeten.

Freundlich grüßt Sie

gez.  
Finkbeiner